Belastete Standorte / Altlasten

Katastereintrag und Stand des Vollzugs

Zweck dieses Informationsschreibens

Die Dienststelle Umwelt und Energie wird ab Januar 2005 die Eigentümer von Parzellen mit Altablagerungen anschreiben und ihnen die Einträge im Kataster der belasteten Standorte angekündigen. Die Gemeinden werden damit auch konfrontiert, entweder als Eigentümerinnen von belasteten Parzellen oder bei Anfragen durch Grundeigentümer. Wir wollen Sie mit dem vorliegenden Informationsblatt zu Fachfragen und über den Stand des Altlastenvollzugs informieren.

Kataster der belasteten Standorte

Als belastete Standorte bezeichnet man Ablagerungsstandorte (Deponien) sowie Betriebs- und Unfallstandorte, wo Abfälle abgelagert wurden oder versickerten. Es ist die gesetzliche Aufgabe des Kantons, die belasteten Standorte in einem öffentlich zugänglichen Kataster zu erfassen und Massnahmen zum Schutze der Umwelt zu treffen. Ein belasteter Standort ist sanierungsbedürftig, wenn er zu schädlichen oder lästigen Einwirkungen führt oder wenn die Gefahr besteht, dass solche Einwirkungen entstehen.

Die Grundlagen für den Kataster wurden in den 90-er Jahren mit Hilfe der Gemeinden erstellt. Danach erfolgte eine Auswertung der Daten nach vorgegebenen Kriterien.

Im Kanton Luzern wurden ca. 850 *Ablagerungsstandorte* im Kataster erfasst. Ein grosser Teil davon ist bezüglich Umweltgefährdung unbedenklich und wird nur zur administrativen Kontrolle im Kataster geführt. Bei bestimmten Standorten muss jedoch untersucht werden, ob Umwelteinwirkungen vorliegen.

Bei den *Betriebsstandorten* ist das Vorgehen für eine Aufnahme in den Kataster aus Gründen der Rechtssicherheit umfassender und erfolgt branchenweise. Die Grundlagen werden durch eine Befragung beim Betriebsinhaber erhoben. Der Kataster für die Betriebsstandorte ist voraussichtlich erst in ca. 3 Jahren vollständig erstellt.

Schiessanlagen sind im Kataster aufgenommen. Sanierungen erfolgen in Absprache mit Betroffenen und der Gemeinde.

Die *Unfallstandorte* sind für den Kataster und die Umweltbedeutung vernachlässigbar.

Aufgrund des aktuellen Kenntnisstandes können wir festhalten, dass grosse Sanierungsfälle, etwa so wie sie der Kanton Aargau kennt, bei uns nicht bekannt sind. Bei einer Vielzahl von Standorten müssen jedoch Untersuchungen an Gewässern oder Abklärungen bezüglich Gasemissionen durchgeführt werden. Falls erforderlich, sind danach Sanierungen durchzuführen.

Verfahren zum Katastereintrag

Ein Katastereintrag kann in bestimmten Fällen zu einer Beeinträchtigung des Grundstücks führen. Das Gesetz schreibt für diese heikle Aufgabe ein geregeltes Verfahren vor. Der Grundeigentümer hat vor dem Eintrag Anspruch zur Stellungnahme und zur Durchführung von eigenen Abklärungen. Er kann von unserer Dienststelle eine Feststellungsverfügung zum Katastereintrag verlangen. Unsere Ankündigungen zum Katastereintrag (Eröffnung des Verfahrens) beginnen für die Ablagerungen Mitte Januar 2005 und verteilen sich etwa auf zwei Jahre. Die Reihenfolge der Ankündigungen verläuft nach fachlichen Kriterien und kann nicht gemeindeweise abgewickelt werden. Der Katastereintrag ist erst nach Abschluss des Verfahrens gültig und öffentlich zugänglich.

Altlastenvollzug und Zuständigkeiten

Mit der 1998 in Kraft getretenen Altlasten-Verordnung des Bundes ist der Vollzug gesamtschweizerisch einheitlich geregelt. Für die wesentlichen Vollzugsschritte liegen feste Kriterien vor. Mittlerweile existieren auch fundierte juristische Grundlagen, welche eine solide Rechtssicherheit für den Vollzug gewährleisten. Zur Zeit beschäftigen sich die Eidgenössischen Räte mit einer Revision des Altlastenrechts. Gemäss aktuellem Kenntnisstand werden sich die Änderungen für die Sache mehrheitlich positiv auswirken. Gemäss kantonaler Gesetzgebung liegt der Altlastenvollzug beim Kanton bzw. bei der Dienststelle Umwelt und Energie. Wir führen den Kataster und ordnen die erforderlichen Massnahmen an. In der Regel verläuft der Kontakt direkt zwischen uns und den Grundeigentümern. Die Gemeinden werden dann einbezogen, wenn dies aus Gründen des Vollzugs erforderlich ist.

Kostentragung

Gemäss gesetzlicher Grundlage trägt der Verursacher die Kosten für Untersuchungen und Sanierungen bei Altlasten. Wenn der Verursacher nicht mehr ermittelbar oder zahlungsunfähig ist, dann werden die Kosten von der öffentlichen Hand (Kanton, Bund) getragen. Falls eine Gemeinde nicht zum Kreis der Verursacher gehört, muss sie keine Kosten tragen.

Bei ehemaligen Gemeindedepotien mit Siedlungsabfällen kann die Gemeinde als Mitverursacherin sanierungs- und kostentragungspflichtig sein. In solchen Fällen entrichtet der Kanton einen Beitrag von maximal 20% der anrechenbaren Sanierungskosten. Der Regierungsrat erlässt eine Verfügung über die Kostenverteilung, falls dies erforderlich ist.

Aufgaben der Gemeinden

Bis zur Revision des kantonalen Umweltschutzgesetzes von 1998 lag der Altlastenvollzug bei den Gemeinden. Seither ist der Kanton die Vollzugsbehörde.

Die Gemeinden können mit den folgenden Aufgaben betroffen sein:

- **Belastetes Grundstück das sich im Eigentum der Gemeinde befindet**
Die Gemeinde erhält die Ankündigung des Kataster- eintrags. Sie führt allfällige Untersuchungen oder Sanierungen aus, sofern sie als Grundeigentümerin oder Verursacherin dafür verpflichtet werden kann.
- **Ehemalige Deponie, die vollständig oder teilweise von der Gemeinde betrieben wurde**
Gemäss Verursacherprinzip kann die Gemeinde in diesem Fall verpflichtet werden, Untersuchungen und Sanierungen durchzuführen und dafür die Kosten zu tragen.
- **Zonenplanänderungen**
Bei Änderungen der Ortsplanung sind die belasteten Standorte zu berücksichtigen. Das Vorgehen ist zwischen der Gemeinde, dem beauftragten Planer und unserer Dienststelle abzusprechen.
- **Bauvorhaben**
Das Vorgehen richtet sich nach unserem Merkblatt „Bauen auf belasteten Standorten“. Jeder Bauherr oder Planer sollte sich frühzeitig über allfällige Belastungen des Grundstückes erkundigen. Ist das Grundstück im Kataster, dann sind in den meisten Fällen mit den Baugesuchs- unterlagen auch entsprechende Altlastennachweise einzureichen. Jedes beim Kanton eingereichte Baugesuch wird hinsichtlich belastete Standorte geprüft. Bei unvollständigen Unterlagen nehmen wir in der Regel direkt mit der Bauherrschaft Kontakt auf. Ein zu spätes Erkennen eines belasteten Standortes führt in den meisten Fällen zu unerwarteten Mehrkosten und nicht selten auch zu Gerichtsfällen.
- **Auskünfte aus dem Kataster**
In den 90-er Jahren wurden den Gemeinden Planentwürfe des Katasters zugestellt. Diese sind veraltet und sollen für verbindliche Auskünfte nicht mehr verwendet werden. Der Kataster unterliegt bis zum Abschluss des Eintragsver- fahrens dem Datenschutz. Nach Abschluss des Verfahrens wird der Kataster den Gemeinden in geeigneter Form zugänglich gemacht.

Bei Anfragen zu Informationen aus dem Kataster bitten wir Sie, diesbezüglich direkt auf unsere Dienststelle zu verweisen. Zur Erteilung von Auskünften benötigen wir die Parzellen-Nummer, die Gemeinde und die Adresse des Grundeigentümers.

Rechtliche Grundlagen und Vollzugshilfen

Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7.10.1983, Art. 32c-e.

Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (Altlasten-Verordnung) vom 26. August 1998.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 30.3.1998, § 31, 32.

Umweltschutzverordnung vom 15.12.1998, § 29 – 32

Merkblatt "Bauen auf belasteten Standorten" der Zentralschweizer Umweltschutzdirektionen; zu beziehen bei der Dienststelle Umwelt und Energie des Kantons Luzern.

Informationsbroschüre "Altlasten: erfassen, bewerten, sanieren" des BUWAL; zu beziehen bei der Dienststelle Umwelt und Energie des Kantons Luzern.

Kontakt

Für fachliche und rechtliche Auskünfte im Zusammenhang mit Altlasten stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Kontaktperson ist Marcel Obrist, Telefon 041 228 64 61, marcel.obrist@lu.ch

Luzern, 10. Januar 2005

Umwelt und Energie (uwe)

Libellenrain 15, Postfach, 6002 Luzern
uwe@lu.ch; www.umwelt-luzern.ch; Tel. 041 228 60 60